

Bezugspreis: Vierteljährl. 30.- M., monatl. 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 29. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Poehners Gewaltregiment.

München, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Abendstunden und die Nacht wurde von der politischen Polizei damit verbracht, die Sektionslokale der Partei nach dem Flugblatt zu durchsuchen.

Eischerich tritt zurück.

Sein Geist lebt weiter.

München, 28. Juni. (WIZ.) Dr. Eischerich hat an alle Kreis- und Gauhauptleute eine Rundgebung geschickt.

Die Rundgebung, mit der sich Eischerich von seinen Kreis- und Gauhauptleuten verabschiedet, hat folgenden Wortlaut:

Die erste Zone geräumt.

Oberglöckau, 29. Juni. (WIZ.) Heute früh hat der englische General Henniker dem Führer des deutschen Selbstschutzes mitgeteilt.

Die Pariser Beratungen.

Paris, 29. Juni. (WIZ.) Wie „Petit Parisien“ mitteilt, werden die deutschen und französischen Sachverständigen bei den jetzt begonnenen Beratungen nur zwei Hauptfragen behandeln.

Sanktionspolitik.

Köln, 29. Juni. (ZU.) Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Düsseldorf mitteilt, muß künftig jedem Gesuch für die Abhaltung einer politischen Versammlung eine Niederschrift der zu haltenden Rede wenn nicht vollständig, so wenigstens im Entwurf beigelegt werden.

Der Fußball-Bundestag in Düsseldorf am 12. Juni d. J. hat, wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, für vier dortige Sportleute ein ables Nachspiel gehabt.

Das Washingtoner Friedenskompromiß.

Washington, 29. Juni. (EE.) Präsident Harding wünscht die Kompromißresolution über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn noch vor Ende der Woche in Händen zu haben.

„Die Reichsregierung hat die Auflösung der Einwohnerwehren Bayerns verfügt. Sie trägt vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte die Verantwortung für diesen Schritt.“

Auch ohne diese Erklärung wären wir nicht im Zweifel darüber gewesen, daß der „Geist“ der aufgelösten Einwohnerwehren am hellen Tage spazieren gehen wird.

Entsprechend der Forderung der Reichsregierung hat die bayerische Staatsregierung eine Verordnung erlassen, in der es heißt: Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 187, 188 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg der Annahme des Ultimatums vom 5. Mai 1921 die Einwohnerwehren innerhalb des Freistaates Bayern für aufgelöst erklärt.

Krieges beschlagnahmt wurde, so lange verfügen, bis sämtliche Ansprüche, die sie gegenüber den Zentralmächten zu erheben haben, ausgeglichen sein werden.

Japan und die Reichskonferenz.

London, 29. Juni. (EE.) Die gestrige Konferenzierung der Ministerpräsidenten der Dominions wurde von Balfour präsidiert. Es wurde der englisch-japanische Vertrag besprochen.

De Nicola Nachfolger Giolittis?

Rom, 29. Juni. (WIZ.) Der König setzte gestern nachmittag die Besprechungen mit Parlamentariern fort und empfing die Vizepräsidenten des Senats und der Kammer.

Rom, 29. Juni. (EE.) Die Beratungen der Parteiführer über die Lösung der Ministerkrise dauern fort. Die Kammergruppe der katholischen Volkspartei hat den leitenden Ausschuss mit den Verhandlungen zur Lösung der Krise beauftragt.

Der Reichsentwaffnungskommissar stellt am 1. Juli seine Tätigkeit ein.

Zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung wurden Unterhandlungen angebahnt, um die seit mehr als 50 Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Die belgische Heereskommission hat mit 10 gegen 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen einen Beschlusssatz angenommen, der für die Infanterietruppen der Jahrgänge 1920, 1921 und 1922 die Dienstzeit auf 10 Monate festsetzt.

Die Krankbeter.

In der gerichtlich konfiszierten Mappe des hochbegabten Karikaturisten George Grosz „Gott mit uns“ findet sich eine schöne Zeichnung, betitelt „Die Gesundbeter“.

Wir empfehlen folgendes Pendant: „Die Krankbeter“. In der Mitte des Bildes diesmal statt des säunlichbehangenen Skeletts der ferngelundene Traugott von Jagow.

Im Gegensatz zu der ersten Zeichnung, die eine — karikaturistisch zulässige — Uebertreibung enthält, würde die zweite Zeichnung den genauen Tatbestand des Falles Jagow widerspiegeln.

Ein ärgerer Hohn auf die Rechtspflege dürfte wirklich kaum jemals dagewesen sein. Jedermann, der die Praxis der Gerichte kennt, weiß, wie ernstlich im allgemeinen die Krankheit eines Angeklagten sein muß, um vom Gericht berücksichtigt zu werden.

Damit vergleiche man die sorgsame Behandlung des Herrn v. Jagow. Herr v. Jagow läßt durch die konservative Presse erklären: „Ich bin seit dem März 1920 nicht einen Tag krank gewesen.“

Ja, es muß wohl so sein! Denn Herr Schiffer beweist uns, daß Herr v. Jagow gar nicht gesund sein kann. Er ist als Kind tuberkulös gewesen. Am Ende hat er sogar die Masern gehabt!

Doch Herr v. Jagow ist nicht nur krank, sondern auch unauffindbar. Merkwürdig nur, daß dieser Unauffindbare Briefe an die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, die aus Potsdam datiert sind.

Doch Herr Schiffer beruft sich auf die von v. Jagow geleistete Kaution in Höhe einer halben Million. Wir wollen hier einmal ganz davon absehen, welche Herausforderung der ärmeren Bevölkerung es bedeutet, daß sich ein kapitalfräftiger Aristokrat einfach von der Untersuchungshaft loskaufen kann.

Der ganze Sachverhalt läßt nur eine Deutung zu, daß von irgendeiner Stelle aus das Verfahren gegen Herrn v. Jagow sabotiert worden ist. Wir wissen nicht, von

welcher. Wir wissen nicht, ob es der Arzt war, der Herrn v. Jagow Krankheitsatteste ausstellte, ob es sein Anwalt war, der diese Atteste einreichte, ob es der Reichsanwalt war oder der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht, die leichtfertig (dies ist die mildeste Annahme) diesen falschen Attesten Glauben schenkten. Der Justizminister aber hat die Pflicht, die schuldige Stelle zu ermitteln. Und nicht nur hat er diese Pflicht, sondern auch der Staatsanwalt. Es gibt einen § 257 des StGB., der besagt:

Wer nach Begehung eines Verbrechens oder Vergehens dem Täter oder Teilnehmer wissenschaftlich Beistand leistet, um demselben der Bestrafung zu entziehen, ist wegen Begünstigung mit Gefängnis bis zu 600 R. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre zu bestrafen.

Und daneben gibt es noch einen § 346 StGB., der lautet:

Ein Beamter, welcher vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt oder bei Vollstreckung der Strafe mitzuwirken hat, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft, wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt.

Wir verlangen, daß das Gesetz in seiner vollen Strenge gegen die Schuldigen des Falles Jagow zur Anwendung kommt. Das gesamte öffentliche Rechtsbewußtsein ist durch den Fall Jagow auf das schwerste erschüttert worden. Ohne Rücksicht auf Personen muß dieser Fall durchgesprochen und dem Recht zu seinem Rechte verholfen werden. Das Recht kommt vor der Politik. Es darf sich an keine politische Rücksicht binden. Ohne diesen Grundlag kann die Demokratie nicht bestehen, keine demokratische Regierung, keine demokratische Partei bleibt lebensfähig, wenn sie aus politischen Gesichtspunkten den Kampf ums Recht preisgibt.

Volkenscheid in der Flaggenfrage.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, hält die Genugtuung des „Vorwärts“ über die Erhaltung der republikanischen Handelsflagge für verrückt, den Sieg der alten Kaiserflagge für sicher. Sie schreibt dann:

Für die Deutsche Volkspartei ist es eine selbstverständliche Pflicht, mit aller Entschiedenheit in dieser Richtung zu wirken. Sie hat die Flaggenfrage durch den Beschluß ins Rollen gebracht, einen Volkenscheid über die Frage herbeizuführen, ob eine Volksmehrheit für schwarz-rot-gold vorhanden ist oder ob, wie wir sicher annehmen, das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit im Herzen der alten ruhmreichen Farben treu geblieben ist und den Wechsel der Reichsflagge als ein Zeichen mitterer Schwächlichkeit und würdeloser Nachgiebigkeit verdammt. Die Entscheidung hierüber wird die Deutsche Volkspartei, nachdem das Gesetz über den Volkenscheid angenommen ist, herbeiführen, und sie wird alle geschäftsmäßig angeordneten Mittel ergreifen, um zum mindesten und zunächst die deutsche Seeschifffahrt deren innersten Wünschen entsprechend vor dem Zwang zu bewahren, daß sie den Wiederaufbau unserer Handelsbeziehungen unter einer anderen Flagge vornehmen soll, als sie früher in den Zeiten unserer Größe geführt worden ist.

Dazu ist zu bemerken, daß es „geschäftsmäßig“ Mittel nicht gibt, die den Reichspräsidenten hindern könnten, in Erfüllung seiner Pflicht die bestehende Verfassung durchzuführen. Lassen sich Teile der deutschen Handelschifffahrt dazu verziehen, unter anderem als der verfassungsmäßigen Flagge zu fahren, die ab 1. Juli d. J. gilt, so handeln sie gegen Recht und Gesetz und riskieren Konflikte, bei denen sie den kürzeren ziehen müssen.

Unbenommen bleibt es dagegen der Deutschen Volkspartei, ein Volksbegehren zwecks Änderung der Verfassung in die Wege zu leiten. Um zu ihrem Ziel zu gelangen, muß sie allerdings mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Volksgenossen für Schwarzweißrot auf die Beine bringen. Gelingt ihr das, so werden wir uns zu fügen haben. Bis dahin aber gilt die verfassungsmäßige Flagge, ihr die Anerkennung verweigern, heißt, sich gegen die Verfassung auflehnen.

Das Recht auf Sterbehilfe.

Der „Deutsche Anstaltbund“ hat dem Reichstag, dem Reichsrat und der Reichsregierung eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die für die Oeffentlichkeit zum Teil von großem Interesse sind. Besonders wichtig ist der Antrag, daß § 216 des Strafgesetzbuchs, nach dem mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft wird, wer einen anderen auf dessen Verlangen tötet, durch folgenden Absatz 2 ergänzt werden soll:

„Die Tötung bleibt strafflos, wenn der Getötete an einer unheilbaren Krankheit oder Verletzung gelitten, das ausdrückliche und ernstliche Verlangen auf Tötung in freier Willensbetätigung zu gerichtlichen oder notariellen Protokoll erklärt hatte, von drei Ärzten, von denen einer ein Amtsarzt sein muß, festgestellt war, daß keine Aussicht auf Heilbarkeit der Krankheit bestand und einer dieser Ärzte die Tötung ausgeführt hatte.“

Hierzu soll in einer Ausführungsverordnung bestimmt werden, daß die beteiligten Ärzte ihre Erklärungen und Anordnungen schriftlich festlegen und bei der amtlichen Stelle hinterlegen müssen, daß die Entscheidung über den Antrag dem Amtsrichter zuliegt und daß vor der Entscheidung die nächsten Verwandten gehört werden müssen. Dem Antrag ist folgende Begründung beigefügt:

„Es gibt Kranke, bei denen der Arzt mit absoluter Gewißheit sagen kann, daß eine Heilung ausgeschlossen ist. Das beachtliche Gesetz bezweckt, solchen Kranken, die an einer unheilbaren, mit dauernden Schmerzen verbundenen Krankheit leiden, zu helfen. Den Unglücklichen, die den Tod als einzigen Erlöser von ihrem Leiden betrachten und ihn auf das heftigste wünschen und verlangen, soll der Tod gegeben werden. Selbstverständlich müssen alle Garantien getroffen werden, die den Mißbrauch der Tötung gänzlich ausschließen. Bei der Schaffung der notwendigen Garantien können rechtliche Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung der Sterbehilfe nicht erhoben werden. Aber auch ethische Bedenken können nicht als stichhaltig erachtet werden. Man erweist dem unheilbaren Kranken einen wirklichen Dienst, man hilft ihm mehr, wenn man ihm sein unerträgliches Leiden verkürzt, als wenn man ihn unter furchtbaren Schmerzen, langsam, aber sicher dahinsiechen läßt.“

Wir halten diesen Antrag für außerordentlich bedeutungsvoll. In der Ärzteschaft machten sich seit jeher zwei Strömungen geltend, von denen die eine für, die andere gegen die Sterbehilfe war. Der Krieg mit seiner furchtbaren Verwüstung an Menschenleben hat eine Anzahl von Fällen geschaffen, bei denen die Sterbehilfe tatsächlich außerordentlich angebracht erscheint.

Droht eine neue Eiszeit? Die europäische Menschheit hat sicher eine, wahrscheinlich mehrere Eiszeiten durchgemacht, in denen ihre ganze Kultur von dem kalten Hauch vorrückender, das Land überziehender Gletschermassen zerstört wurde. Kann eine solche Eiszeit wiederkommen? Auf diese Frage läßt sich, wie Prof. Th. Herzog

Das ist die klare Rechtslage, die zu verdunkeln eine Gewissenlosigkeit ist. Mögen die Gegner der rechtmäßigen Flagge von den Rechten, die ihnen die Verfassung gibt, Gebrauch machen, aber dann sind sie erst recht verpflichtet, selber auch die Verfassung zu achten.

Aus dem Hexenkessel der KPD.

Der in Moskau tagende Kongreß der Dritten Internationale hat zum Fall Hölz eine Resolution beschloffen, die sich für den Massenaufruf, aber gegen individuellen Terror, Sabotage und Freischärlertum ausspricht. Die Aktion von Hölz sei nicht zweckmäßig, aber von der Liebe zum Proletariat diktiert gewesen. In diesem Sinne spricht der Kongreß Hölz seine Sympathie aus.

Während sich diese Resolution mit ihrem Einerseits — Andererseits als ein ziemlich laihmes Kompromiß darstellt, geht die Berliner Zentrale mit einem scharfen Mias gegen die oppositionelle Gruppe um Levi vor. Sie erläßt eine Erklärung gegen sie, in der es zum Schluß heißt:

Um die opportunistische Richtung innerhalb der Partei scharfer zu markieren, hat sie planmäßig den „Sowjet“ bemittelt. Da aus einer Anklündigung des Hest 4 des „Sowjet“ zu ersehen ist, daß diese Gruppe nicht daran denkt, die parteitaktischen Erörterungen innerhalb der Parteipresse zu pflegen, sondern ausdrücklich unter noch schärferer Betonung der Tendenz dieser Gruppe der „Sowjet“ als „Unser Weg“ erscheinen soll, verbietet die Zentrale den Genossen, an dieser Zeitschrift mitzuwirken.

Jetzt gibt es also entweder ein großes Zukreuzkriechen vor der Diktatur der Jünglinge von der Zentrale oder aber einen neuen großen Hinauswurf.

Der neue Hölz-Prozess.

Broh an den Staatsanwalt.

Wie schon mitgeteilt, haben die sächsischen Behörden anscheinend ihre Absicht wieder aufgenommen, gegen den vom Berliner Sondergericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Max Hölz noch einmal wegen seiner Straftaten im Vogtlande zu verhandeln. Der hierzu notwendige Transport aus dem Moabitler Untersuchungsgefängnis, in dem sich Hölz zurzeit noch befindet, nach Dresden bildet den Gegenstand eines Konflikts zwischen der Berliner Staatsanwaltschaft und den Verteidigern des Hölz.

Im Namen seiner Mitschuldigenden Justizrat Fränkl und Rechtsanwältin Hegewisch-Gelle hatte Justizrat Dr. Broh beantragt, ihn zu dem Transport des Hölz nach Dresden hinzuzuziehen. Die Berliner Staatsanwaltschaft ist anscheinend nicht geneigt, diesem Verlangen Rechnung zu tragen; eine endgültige Ablehnung ist jedoch noch nicht erfolgt. Inzwischen hat sich Justizrat Broh nochmals an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I mit einem ausführlich begründeten Antrag gewandt, in dem es heißt:

„Käme es im Falle Hölz zu der Wiederholung eines der vielen Exzesse, die bei dem Transport von Revolutionären bisher in der deutschen Republik gang und gäbe gewesen sind, so würden weite Kreise des Volkes das Vertrauen zu einer völlig unparteiischen Darstellung des Sachverhalts nur dann haben, wenn auch die Verteidigung zu dem Transport mitangezogen wäre. Ich muß schon jetzt, wenn — wie kaum anders zu erwarten ist — ein solcher Exzeß geschieht, Sie hierfür verantwortlich machen, da Sie hinreichend gewarnt waren. Herr Staatsanwalt Jäger hatte in öffentlicher Verhandlung erklärt, daß er Kenntnis davon erhalten habe, daß Hölz durch Kommunisten in Sipo-Uniform befreit werden solle. Hölz erblickt in diesem angeblichen „Befreiungsversuch“ bereits die Vorbereitung eines beim Transport gegen ihn zu unternehmenden Anschlages, der dann dem Publikum als Abwehr dieses Befreiungsversuches plausibel gemacht werden soll. Sollte übrigens die Furcht vor einem Befreiungsversuch der Grund sein, weshalb der Verteidigung die Erlaubnis zur Begleitung des Transports verweigert wird, so verpflichten sich sämtliche Verteidiger ehrenwörtlich, von dem Transport und seinem Zeitpunkt niemandem eine Mitteilung oder auch nur eine Andeutung zu machen.“

im Juliheft von „Westermanns Monatsheften“ ausführt, jedenfalls keine verneinende Antwort geben.

Der Umfang der Alpenvereinsforschung ist in geschichtlicher Zeit nicht unverändert geblieben. Wie Chroniken berichten von Vorfällen und Rückzügen der Gletscher, die oft mit Katastrophen verbunden waren. Die Gletscherforschung ist sich darüber einig, daß selbst eine nur geringfügige Klimaveränderung dazu ausreichen würde, die Verhältnisse der Eiszeit bei uns zurückzuführen. Nur über die Art der Veränderung ist man sich nicht im Klaren. Die einen meinen, daß schon bei einer Verminderung der mittleren Jahrestemperatur um 2 Grad Celsius das Eis der Alpenvereins bis in die Ebene vordringen würde; die anderen, daß zur Heraufbesetzung einer neuen Eiszeit die Veränderung des allgemeinen Klimacharakters vom kontinentalen zum ozeanischen Typus notwendig sei.

Nun ist zweifellos der allgemeine Klimacharakter für die Vereisung von großer Bedeutung. Das zeigt ein Vergleich zwischen den Bergketten des Abgabengebietes im nördlichen Sibirien und den südamerikanischen Cordilleren. Während die Berge in Sibirien trotz einer um 12 Grad niedrigeren Jahrestemperatur als die mitteleuropäischen Klimate an ihren Abhängen keinen bedeutenderen Gletscher tragen, stoßen die Gletscher der potagonischen Cordilleren unter 48 Grad südlicher Breite bis ans Meeresufer vor. Nimmt man an, daß in beiden Klimaten im Winter gleich viel Schnee fällt, so wird dieser Schnee im sommerwarmen Festlandsklima bis hoch ins Gebirge hinauf abgeschmolzen, im sommerkühleren Seestlima dagegen von einer gewissen Höhe an nicht mehr bemächtigt werden. Es werden daher größere Schneemassen angehauft, die zur Bildung von Firnlagern und damit zum ständigen Wachsen der Gletscher führen. Von entscheidender Bedeutung ist allerdings dabei das Vorhandensein einer Gebirgsflanke, auf der den größten Teil des Jahres hindurch die Niederschläge als Schnee fallen. Infolge dieser Verhältnisse hat man neuerdings den Niederschlagserscheinungen bei der Beurteilung der Gletscherchwankungen größere Aufmerksamkeit zuwenden, und die in so großen Höhen schwere Erforschung wird erleichtert durch die Wetter- und Gletscherwarte auf dem Jungfraujoch.

Schon jetzt geht der Vormarsch des Oberen Grindelwaldgletschers Jahr um Jahr um etwa 100 Meter weiter. Hält dieser Fortschritt an, so würden in rund 1000 Jahren die Gletscher des Berner Oberlandes den Brienz- und Thuner See bedecken, nach weiteren 1000 Jahren das heute dicht besiedelte Gebiet des deutschen, schweizerischen und französischen Nordostens völlig unbewohnbar machen und nach einigen 1000 Jahren ganz Nordeuropa überziehen.

„Herzlichen mein unterm Rebendach“. Dieses Volkslied, das die Jugendtage unserer Großeltern versöhnte, wird auch wohl heute noch angestimmt, ohne daß sich jemand des Komponisten erinnert. Und doch liegt eine eigene Tragik darin, daß dies Liedchen das einzige Wert ist, das von August Conradi lebendig geblieben ist, dem Klavierspieler der Berliner Volksmusik, dessen 100. Geburtstag in diesen Tagen durch eine Feier begangen werden wird. Conradi, als Sohn eines Postkutschers in der Müllerstraße 1841 zum ersten Male an die Oeffentlichkeit, „Achil“,

Die Rechte der Zechenbetriebsräte.

Anlässlich der Debatte über das furchtbare Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis im Reichstage forderte Genosse Hue bekanntlich die Teilnahme der Betriebsräte an der Untersuchung über die Schuldfrage. Hierbei erwähnte er die Stellung der Betriebsräte auf den Zechen, die meist so schwach sei, daß sie überhaupt keinen Einfluss ausüben könnten. Wie berechtigt diese Ausführungen unseres Betreters waren, zeigt folgender Fall, den uns das Arbeitersekretariat Dortmund mitteilt.

Der Betriebsrat der Zeche vor Schürbank u. Charlottenburg hatte ein Mitglied beauftragt, neben dem Revier I und II auch die Befahrung der 139., 244. und 298. Reviere des Hauptstoches, sämtliche im Hauptstoch befindlichen Eingänge sowie den Hauptaufbewahrungsort für Sprengstoffe und der bestehenden Richtstrecke zu befahren. Diese Befahrung ist sehr schwer und zeitraubend. Die Zechenverwaltung lehnte die Befahrung dieser 4 Fahrstrecken pro Monat seit Januar 1921 ab. Die Verwaltung der Zeche gibt an, diese Strecken und der Schacht seien nicht als selbständige Reviere zu betrachten. Ihre Befahrung könne sehr wohl in Verbindung mit der Befahrung der Reviere I und II erfolgen. Der „königliche“ Bergrevierbeamte des Bergreviers Dortmund I wies unter dem 14. Juni 1921 — Nr. 1318 — den Anspruch auf Zahlung von Lohn für Schichten zur besonderen Befahrung des Fahrtraums des Hauptstoches und der Wetterstrecken als unzureichend ab. Er ist der Ansicht, daß die Befahrung des Schichtes und der Sohlenstrecken mit der Revierebefahrung zu verbinden ist. Diese Entscheidung ist astroffen, ohne daß dem betreffenden Mitgliede des Betriebsrats Gelegenheit gegeben wurde, sich in der mündlichen Verhandlung zu äußern. Dem „königlichen“ Bergrevierbeamten geneigte die Auskunft der Zechenverwaltung.

Bei einer Besetzung von etwa 1400 Beschäftigten werden täglich dem Betriebsrat Beschwerden vorgebracht. Der Betriebsrat ist verpflichtet, die Beschwerden zu prüfen. Das ist nicht möglich, wenn die Befahrung im Galopp vorgenommen wird.

Im Arbeitersekretariat der freien Gewerkschaften Dortmund werden sehr oft solche und ähnliche Fälle vorgebracht. An anderen Orten wird es kaum anders sein. Der Abg. Hue hatte daher Recht, wenn er bei dieser Gelegenheit auf die Schwierigkeiten hinwies, die den Betriebsräten entgegengekehrt werden, wenn sie auf die Bekämpfung der Unfallgefahren auf den Zechen und die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften hinwirken. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, die dem widersprechen, haben sich wieder einmal als gute Vertreter des Zechenkapitals gezeigt.

Agrarier gegen Landarbeiter.

Frankfurt a. d. O., 29. Juni. (Eigener Drohbericht des „Vorwärts“.) Der Kampf des Großagrarierturns gegen den Deutschen Landarbeiterverband nimmt immer groteskere Formen an. Nachdem es dem Landbund nicht gelungen ist, durch seine gelben Verbände die freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisationen zu zerstören, greift man jetzt nach dem Muster der Vorkriegszeit zu den schärfsten Repressalien gegenüber den Angehörigen des Landarbeiterverbandes. Massenentlassungen von freigewerkschaftlich organisierten sind keine Seltenheit mehr. Den Höhepunkt hat dieses Treiben jetzt dadurch erreicht, daß die Verwaltung des Gutes Schlagsen bei Rüntheberg ohne Angabe irgendeines Grundes ihre gesamte Arbeiterkraft fristlos entlassen hat. Der einzige Grund ist natürlich die Zugehörigkeit zum Deutschen Landarbeiterverband.

Jetzt sucht die Verwaltung in den bürgerlichen Zeitungen des Kreises unorganisierte oder gelbe Arbeiter. Die Sozialistische Kreisverwaltung des Deutschen Landarbeiterverbandes warnt dringend vor Zutritt nach Schlagsen. Charakteristischerweise ist das verschärfte Vorgehen der Agrarier gegen die organisierte Arbeiterkraft seit dem Wechsel im preussischen Ministerium des Innern zu beobachten. Die Großgrundbesitzer wissen genau, daß unter Dominicus' Regime die zuständigen Landräte usw. nicht mehr den nötigen Rückhalt haben, wenn sie durch ihr Eingreifen die Herren Landwirte zur Tariftreue zwingen.

Wir raten dem Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O., unseren Genossen Partels, dringend, sich nicht nur der Sache, sondern des Prinzips wegen um den geschändeten Fall besonders angelegentlich zu kümmern.

„Wilhelm Tell“, „Ruza Haireddin, der letzte Mauererfürst“, waren die Titel seiner Opern, die ihm seine Vorbeeren eintrugen. 1843 wurde er Organist an der Kirche des Invalidenhauses und fand die Unterstützung von Liszt, der ihn 1844 nach Weimar zog, wo er die Werke Liszts instrumentierte. Die „Lasso“ und „Goethe-Festmarsch“ in seiner Instrumentierung sowie Weimarer Frier von Goethes 100. Geburtstag, bei dem Liszt Stücke von zwei Sinfonien von ihm aufgeführt wurden, war der künstlerische Höhepunkt seines Lebens. Seit 1854 aber wirkte er fortwährend in Berlin am Königsstädtischen und am Wallner-Theater, und diese enge Verbindung mit der Posse lenkte seine Tätigkeit in Bahnen, die ihn zu viel größeren Erfolgen führten. Er verfasste die Musik zu den beliebtesten Poffen David Kalisch und hat dann weit über 100 Poffstücke, Piederpief, Schauspiels, Ausstattungstücke musikalisch illustriert. Mit dem Siegeszug, den manche dieser Werke über die Theater Deutschlands und die deutschen Auslandsbühnen antraten, wurden auch Conrads heitere Weisen allgemein bekannt und beliebt. Was seiner ersten Musik verjagt blieb, wurde diesen leichten Arbeiten zuteil: eine Volkstümlichkeit, um die man ihn mit Recht beneiden konnte. Als er am 26. Mai 1873 starb, hinterließ er alles, was er an irdischen Gütern gewonnen hatte, den Armen.

Die Impfung der Masern. Auf dem diesjährigen Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde wurden bedeutende Mitteilungen über die Gewinnung eines Impfstoffes gegen Masern gemacht. Ueber die Untersuchungen, die an der Münchener Universitäts-Kinderklinik ausgeführt wurden, berichtet Dr. Degkwitz. Von der Gleichartigkeit der Pocken- und Masernerkrankung wurde auf eine nahe Verwandtschaft beider Krankheitserreger geschlossen und die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß die bekannte Eigenschaft des Pockenreggers, unter veränderten Lebensbedingungen seine Giftigkeit für den Menschen zu verlieren, auch eine Eigenschaft des Masernerregers sein könnte. Auf diese Weise gelang es, den Masernerreger zu züchten und so abzuschwächen, daß die Kulturen als Impfstoff verwendet werden konnten. Kinder, die noch keine Masern gehabt haben, wurden mit solchen Kulturen infiziert und bekamen 13 bis 15 Tage nach der Impfung leichteste Krankheitserscheinungen. Sie erwiesen sich dann nach Wochen und Monaten den schwersten Masernerkrankungen gegenüber als immun. Da es jetzt gelungen ist, den Masernerreger auf Nährboden mit einer tierischen Eiweißlösung zum Wachsen zu bringen, so eröffnet sich die Aussicht auf die Möglichkeit einer wirksamen und durchgreifenden Masernbekämpfung durch Impfung.

Offiziere, das fahrlässige Schaulpiel von Hans Besemann, dessen realistische Schilderungen des Krieges und der Gasse bei der Aufführung in Berlin starken Eindruck hervorriefen, ist jetzt im Vannerverlag Hamburg in Druck erschienen. Es sollte immer wieder den Lesern vorgelesen werden, die das Märchen von der „erdolosten Front“ verbreiten.

Die Große Volksoper Berlin gibt am Sonnabend im 30. ein großes Sommerfest. Es wirken mit: Die Staatskapelle (Leo Blech), das Philharmonische Orchester (Gustav Broger), Julius Gröndel, der Rednerverein, der Berliner Sängerverein, der Erlische Männergesangsverein, Rabarett, Marionettentheater, Ball vornehmlichen das Programm.

Der sechste Kriegsverbrecher-Prozess.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann heute morgen der Prozess gegen den Generalleutnant a. D. Stenger und Major a. D. Crustius, die von den Rechtsanwälten Dr. Fihau (Torgau) und Dr. Bemde (Bremen) vertreten werden. Dieser Prozess ist der erste, der auf französische Anschuldigung erhoben wird. Den Vorsitz führt wiederum Senatspräsident Dr. Schmidt, der zu Beginn der Sitzung erklärt, daß der Oberreichsanwalt hinsichtlich der von der französischen Räte erhobenen Beschuldigung wegen eines Befehls zum Erschießen französischer Gefangener keine Anklage erhoben habe. Dr. Schmidt verweist ferner darauf, daß die Anschuldigungen von französischer Seite bereits im Jahre 1914 Anlaß gaben, gegen Deutschland den Vorwurf der Barbarei zu erheben. Stenger soll damals den Korpsbefehl gegeben haben, daß alle französischen Gefangenen oder Verwundeten zu töten seien und daß keine Gefangenen gemacht werden dürften. Crustius wird vorgeworfen, in mehreren Fällen vorzüglich die Erschießung von französischen Gefangenen und Verwundeten veranlaßt zu haben.

Stenger schildert seine Tätigkeit als Kommandeur der 58. Brigade, mit der er im August 1914 in Lothringen war. Nach der Schlacht bei Soorburg am 21. August seien er und sein Stab von französischen Soldaten, die sich tot oder verwundet stellten, von hinten beschossen worden. Als derartige Meldungen sich häuften, habe er seiner Umgebung und vielleicht auch vorüberziehenden Truppen gesagt: „Die Feinde sollen in den Bäumen liegen, von oben herab schießen, auch Verwundete und angeblühte Leute sollen hinterrücks schießen. Hütet Euch davor! Es kommt nicht darauf an, Gefangene zu machen, sondern sich zu wehren oder zu schütten vor den Feinden! Schießt sie von den Bäumen wie die Spahen!“ Diese Wendungen habe er natürlich niemals in einen schriftlichen Befehl aufgenommen.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte er, er halte die Kampfweise der auf den Bäumen verbleibenden Franzosen für völkerrrechtlich erlaubt; dann aber müsse es auch erlaubt sein, sich gegen diese völkerrrechtlich zulässige Kampfhandlung zu schützen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Waffenstillstand in Irland?

Paris, 29. Juni. (U.) Aus London wird berichtet: Man glaubt, daß man am Vorabend eines Waffenstillstandes in Irland steht. Die Regierung hat das Einstellen der Hostilitäten angeordnet für die Dauer der Verhandlungen, die eröffnet werden sollen. Sie verlangt andererseits von den Sinnseibern, daß sie auf die terroristischen Akte verzichten. Die englische Regierung soll bereit sein, die Einheit Irlands anzuerkennen und würde geneigt sein, Irland ein nationales Parlament zu bewilligen, welches in Dublin tagen würde. Die Sinnseiber würden eine Autonomie Irlands als Dominion annehmen.

Devaleras Antwort.

London, 29. Juni. (Reuter.) In seiner Antwort an Lloyd George erklärt Devalera: Ich berate mich mit so vielen der Hauptvertreter der irischen Nation, wie erreichbar sind. Wir haben den ernstesten Wunsch, dazu beizutragen, einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern dieser beiden Inseln herbeizuführen, sehen aber keinen Weg, wie dies erreicht werden kann, wenn Sie Irlands tatsächliche Einheit leugnen und den Grundsatz der Selbstbestimmung beseitigen. Bevor ich ausführlicher antworte, suche ich eine Konferenz mit bestimmten Vertretern der politischen Minderheit von Irland herbeizuführen.

In einem Schreiben an Craig und vier andere führende Unionisten weist Devalera darauf hin, daß die Antwort, die er an Lloyd George senden werde, auch das Leben und Eigentum der politischen Minderheit von Irland in Mitleidenschaft ziehen werde. Deshalb wünsche er, zuerst ihre Ansichten zu hören, und läßt sie deshalb zu einer Zusammenkunft mit ihm im Dubliner Rathaus am 4. Juli morgen ein.

Die Unionisten wünschen im Gegensatz zu den Sinnseibern, dessen Führer Devalera ist, den nationalen Zusammenschluß von England und Irland. Sie stammen fast alle aus der Grottschaft Ulster im Norden Irlands. Da die Bevölkerung von Ulster zum größten Teil protestantisch ist, herrscht zwischen Ulster und dem katholischen Irland eine gewisse Spannung, die bei dem Fanatismus beider Parteien auch politisch zum Ausdruck kommt. Vor dem Kriege wurde eine Ueberbrückung dieser Gegensätze vergeblich versucht.

Der Krieg im Orient.

London, 29. Juni. (U.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: In den letzten drei Tagen haben in der Gegend von Ismid heftige Kämpfe stattgefunden. Die Griechen versuchten die 1. Division zurückzuführen. Die Kemalisten ergriffen die Gelegenheit, um die sich zurückziehenden Truppen zu belästigen. Die türkischen Kanonen beschossen Ismid, das von Marinesoldaten verteidigt wird. Die griechischen Kriegsschiffe im Hafen antworteten heftig. Schließlich wurden die Griechen gezwungen, einen Teil der 1. Division zurückzurufen, die den alten Zustand wieder herstellten.

London, 29. Juni. (E.) Eine Depesche aus Konstantinopel meldet, daß die Alliierten die Vertreter der Stadt ersuchten, Ismid nicht zu räumen, da diese Räumung Konstantinopel der Gefahr eines kemalistischen Angriffes aussetzen würde. Ismid liegt 80 Kilometer östlich von Konstantinopel und ist durch eine Bahnhöhle über Halbar Pascha mit Stambul am Bosphorus verbunden.)

London, 29. Juni. (W.B.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ telegraphiert aus Smyrna: Der König, Kronprinz Georg, Prinz Andreas und General Papulos, der Kommandant der griechischen Streitkräfte, verlassen heute Smyrna, um sich an die Front zu begeben.

Der Moskauer Kongreß.

Wga, 28. Juni. (D.) Sinowjew erklärte in seiner Eröffnungsrede, jetzt stehe der Kampf gegen die Amsterdamer Internationale auf der Tagesordnung. Der Internationale Räte Gewerkschaftsrat vereinigte bereits über 15 Millionen Arbeiter. Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands sprach Fröhlich, im Namen Frankreichs begrüßte Abg. Ballant Couturier die russische Räte Armee und sagte, daß beim Ausbruch der französischen Revolution die russische Räte Armee den französischen Genossen zum Siege verhelfen werde. — Der zweite Kongreßtag brachte ein Referat Trotskis, das in deutscher Sprache erstattet und gleich ins Französische und Englische überetzt wurde. Trotski legte ziffernmäßig dar, daß die Lage in Deutschland einem Staatsbankrott gleich käme. Amerika und Japan hätten sich auf Kosten des verelendeten Europa bereichert. Der zeitweilige Aufschwung des Weltwirtschaftslebens berechtige keineswegs zur Annahme, daß die Gefahr der Revolution überwunden sei. Die Verschärfung des Klassenkampfes mache große Fortschritte. Gegenwärtig habe man es nicht mit einer einheitlichen Arbeiterklasse zu tun, sondern mit zahlreichen Arbeiterschichten, die teilweise während des Krieges entstanden seien. In den kapitalistischen Ländern würde das verarmte Kleinbürgertum zum Gegner der verarmten Großbourgeoisie. Hinzu käme die kritische internationale Lage: die Konflikte (?) zwischen England und Frankreich in bezug auf Deutschland und vor allem die Zuspitzung der englisch-amerikanischen Beziehungen. Das englisch-japanische

Bündnis sei gegen die Berechtigten Staaten gerichtet: im Jahre 1924 werde die amerikanische Flotte größer sein als die britische und japanische Flotte zusammen. Infolgedessen müsse man mit einem baldigen bewaffneten Zusammenstoß zwischen England und den Berechtigten Staaten rechnen. (Inzwischen veröffentliche England, daß sein Bündnis mit Japan nicht gegen Amerika gerichtet sei. Red.) Diese ganze Situation rechtfertige die bisherige Kampfmethode der 3. Internationale, wobei sei eine erneute Beratung der Kampfmethoden erforderlich, wobei jedem Lande gegenüber eine besondere Taktik befolgt werden müsse.

Soll diese besondere Taktik einheitlich im fernem Moskauer beschloffen werden? Und wenn nicht, wozu dann die berühmten Bedingungen?

Der Kongreß der Britischen Arbeiterpartei forderte auf Antrag Sinowjens von der Moskauer Regierung die sofortige Überführung der russischen Truppen aus Georgien und brachte dem vom bolschewistischen Imperialismus unterjochten georgischen Volke die wärmste Sympathie zum Ausdruck.

Ein neues Justizhausurteil. Von dem außerordentlichen Gericht in Nordhausen wurde gestern der Kommunist, Stadtrat Franzke aus Sangerhausen, wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Groß-Berlin

Ist das noch nichts?

Selbst an den wenigen Tagen, die unseren Deutschnationalen nicht als Siegestage oder Geburtstagsfeiern fürstlicher Schreibhölle heilig sind, baumeln genug schwarz-weiß-rote Fahnen im Winde. Erst wenn ich mit der Vorortbahn in Richtung Osten aus Berlin fahre, sehe ich manchmal über den Laubkolonien der Berliner Arbeiter die Fahne der Republik wehen.

Vor einem Vierteljahr noch konnte ich jeden Tag den Anblick einer kleinen schwarz-rot-goldenen Fahne in Groß-Berlin genießen. Diese Fahne knatterte auf einem Spreefahne, der dem ehemals kaiserlichen Schloß gegenüber friedlich im Wasser lag. Ein großes Plakat kündigte an, daß in diesem Kahn ein Riesenfahnenfest zu sehen sei. Selbst dieser dickfellige Riesenfahnenfest, dachte ich, hat die Zeichen der neuen Zeit begriffen, um wieviel dickfelliger präsentiert sich demgegenüber das edle Gemüt unserer Deutschnationalen.

Aber meine Freude sollte, wie jede Freude, nur kurze Zeit währen. Reulich gehe ich wieder mal über die Brücke, die in den Lustgarten führt. Wie man einen lieben Bekannten freundlich grüßen will, wende ich mich langsam. Und siehe da: die Fahne hat sich schwarz-weiß-rot umgekehrt.

Die Reaktion hat ein neues Riesenvieh, einen Walfisch, für ihre Ideen begeistern dürfen.

Ist das noch nichts?

Die verantwortungslosen Unabhängigen.

Die Stellungnahme der im Magistrat stark vertretenen Unabhängigen zu dem vom Magistrat vorgelegten Etat für Groß-Berlin steht in der Geschichte der Berliner Kommunalverwaltung einzig da. Den Wortlaut der für ihre Ablehnung des Etats in der gestrigen Stadtratsbesitzung abgegebenen Erklärung, deren Verlesung im Börsen unterging, liest man jetzt in der „Freiheit“.

Das Gesetz über Groß-Berlin entspreche nicht den Forderungen der Unabhängigen, die Selbstverwaltung werde durch die Aufsichtsbehörden ständig verhindert. Trotzdem habe die Fraktion der Unabhängigen positiv mitgearbeitet und mancher Belastung der Bevölkerung trotz schwerster Bedenken zugestimmt, nur um finanzielle Schwierigkeiten zu vermeiden. Sie können aber der neuen Belastung der Windermittelten durch Erhöhung des Gas- und Elektrizitätspreises zur Deutung des Selbstbetrages im Etat 1921 nicht zustimmen, weil noch weitere Erhöhung durch Kohlenverteuerung in Aussicht stehe. Sie müßten verlangen, daß das Reich den Bedürfnissen Groß-Berlins mehr entgegenkomme und daß die fehlende Summe durch höhere Ansätze bei der Reichseinkommensteuer, der Umsatzsteuer, durch eine Wertsteuern, Plafaststeuer, Steuer auf Segelboote und Yachten und durch Ersparnisse bei unnötigen Ausgaben ergänzt wird.

Auch nach dieser Erklärung wirkt die Haltung der vor jeder Verantwortung sich brüclenden Unabhängigen noch blamabel und skandalös. Sehr hübsch machte es sich, daß die zu den Unabhängigen gehörenden Magistratsmitglieder, soweit sie zugleich noch Stadtratsmitglieder sind, sich der Abstimmung über den Etat fernhielten. War das Fraktionsbescheid? Nur der kommunistische Stadtrat Stoll hatte den Mut der Konsequenz und stimmte als Stadtratsmitglied mit seiner Fraktion gegen den vom Magistrat vorgelegten Etat. Die Fraktionen der Rechten und ihre Presse jammern über den „roten Magistrat“ und die ihn stützende Mehrheit der Stadtratsbesitzung. An deren Beschlüssen für die nächsten Stadtratsversammlungen die Anwendung zu ziehen sei, daß eine schwarz-weiß-rote Mehrheit zustande gebracht werden müsse. Ach, die rote Mehrheit der Stadtratsbesitzung verurteilt sich ja selber zur Machtlosigkeit — und dem von ihr eingesetzten Magistrat, der die Stadt vor vollständigem Bankrott bewahren will, gibt sie einen Fußtritt.

An solchen Beispielen kann die sozialistische Bevölkerung erkennen, wie kurzschichtig die Gehandelt hat, die bei den Stadtratsbesitzungen sich den Unabhängigen und den Kommunisten zuwandte. Hätten wir statt dieser blödsinnigen Kräftezerpflünderung eine starke sozialdemokratische Fraktion, die allein schon die Mehrheit bildete, so wären wir in unserer neuen und größeren Stadtgemeinde Berlin längst sehr viel weiter und hätten Segensreiches zum Wohl der werktätigen Bevölkerung schaffen können.

Die Stadtratsbesitzungen voraussichtlich ungünstig.

Obgleich vom Oberverwaltungsgericht noch kein Urteil auf Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtratsbesitzungen ergangen ist, hält man es im Berliner Rathaus doch für zweifellos, daß diese Ungültigkeitserklärung in der Tat erfolgen wird. Voraussichtlich wird das Urteil in nächster Woche bekanntgegeben werden. Mit Neuwahlen wird dann für September gerechnet.

Der Kampf mit dem Sumpfgelände.

Die Bauarbeiten der südlichen Friedrichstraße vor Abschluß. Der schwierigste Teil der Bauarbeiten, die Ueberbrückung des Sumpfgeländes zwischen der Hedemannstraße und der Handelsstätte Belle Alliance ist jetzt soweit gefördert, daß die durch den Tiefbaustreit verursachte Verzögerung in der Bauausführung nahezu wieder eingeholt worden ist. Die Kammarbeiten für den Pfeilerrost, der aus insgesamt 725 Pfählen aus Eisenbeton besteht, ist zu Ende geführt worden. Nunmehr werden die letzten Arbeiten an der Verteilerplatte, die die Köpfe dieser Eisenbetonpfähle verbindet, ausgeführt, auf der dann unmittelbar die Tunnelsohle hergestellt wird. Eine ganze Reihe von Vorsichtsmaß-

nahmen sind getroffen worden, um das Baumwerk einschließlich der Pfehle vor den schädlichen Einwirkungen der im Sumpfboden enthaltenen Moorsäure zu schützen. Jeder Pfahl, die etwa 1 Meter starke Verteilerplatte wie auch die Lagenbau des Tunnels ist durch eine starke Schicht Asphalt geschützt, so daß die Moorsäure nirgends Zutritt zum Beton hat. Diese Abdichtungsarbeiten müssen mit außerordentlicher Sorgfalt durchgeführt werden, um den Bestand des Baues zu sichern. Stellenweise, wo die Tunnelsohle bereits fertiggestellt ist, wird jetzt an den Seitenwänden und an der Tunneldecke gearbeitet. In diesem Teile der Friedrichstraße bestehende Straßen Sperren für den Wagenverkehr werden also voraussichtlich in etwa 4 Wochen wieder aufgehoben werden, wenn die Tunneldecke hergestellt ist und die erste vorläufige Pflasterung, die zwischen dem Belle Allianceplatz und der Handelsstätte bereits fertiggestellt ist, auch auf der nördlichen Strecke des Lotes 6 ausgeführt ist.

Der Hund des Laubkolonisten.

Aus Anfragen von Laubkolonisten bezüglich der Steuerfreiheit für Wachhunde in der Laubkolonie geht hervor, daß unter den Beteiligten noch nicht genügend bekannt ist, an welche Voraussetzungen die neue Hundesteuerordnung vom 23. März 1921 die Steuerfreiheit knüpft und welche Erfordernisse der Antrag auf Befreiung erfüllen muß. Die städtische Steuerverwaltung gibt deshalb folgendes bekannt: Steuerfreiheit ist auf Antrag zu gewähren für Laubkolonien bis zu 30 Kolonisten für einen Hund, für Laubkolonien bis zu 60 Kolonisten für zwei Hunde, für Laubkolonien mit mehr als 60 Kolonisten für 3 Hunde. Der Antrag auf Steuerfreiheit ist an das zuständige Bezirkssteueramt zu richten. Zur Begründung ist ein einfacher Lageplan erforderlich, in dem die örtliche Lage der Kolonie, die Zahl der einzelnen Lauben und die Namen der Kolonisten verzeichnet sind. Ferner sind die für die Bewachung bestimmten Hunde nach Namen, Rasse und Standort, sowie deren Eigentümer anzugeben. Schließlich ist, wenn der Antrag nur von einem oder einzelnen Kolonisten gestellt wird, der Nachweis zu erbringen, daß sämtliche übrigen Kolonisten der Bewachung der Kolonie durch die angegebenen Hunde zugestimmt haben.

Unter dem Zwange des Geliebten.

Wegen vieler Schwindereien und Diebstähle wurde, wie wir mitteilen, eine 35 Jahre alte Witwe Ida Hennig — nicht Hering — von der Steglitzer Kriminalpolizei verhaftet. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß die Frau unter dem Zwange ihres mißverheirateten Geliebten, des früheren Postoffiziers Kossinski aus Posen, handelte. Kossinski war in Posen angeheiratet, wo auch Frau Hennig wohnte. Nach dem Tode ihres Mannes, der Billardmeister war, machte er sich an die Frau heran und nahm sie nach Berlin mit, als er flüchten mußte, weil er unter dem Verdachte der Teilnahme an einem großen Postendruck stand. Seit zwang er die Frau, die bis dahin ganz unbescholten war, durch Drohungen und Mißhandlung, mit falschen Papieren, die er ihr anfertigte, in großen Berliner Häusern Stellungen als Hausdame anzunehmen und zu stellen, was ihr erreichbar war. In einem Falle erbeutete sie für 200 000 M. Schmucksachen, die Kossinski bei einem Kfz-Händler verkaufte. Den Erlös brachte er mit anderer weiblicher Gesellschaft durch. So jagte er die Frau von einer Stelle zur andern, bis auf Veranlassung der Kriminalpolizei die Stellungen vor der gefährlichen Hausdame wornten. Aus Furcht vor ihrem Peiniger nahm die Frau bei ihrer Verhaftung zunächst alle Schuld auf sich, bis die Kriminalpolizei den wahren Sachverhalt aufklärte.

Veränderungen im Köpenicker Straßenbahnverkehr. Am 1. Juli wird die Linie 5 (Bahnhof Adlerhof-Mahladorf-Süd) anstatt nach Mahladorf-Süd durch die Kaiser-Wilhelm-Straße nach Bahnhof Friedrichshagen geführt und vom Bahnhof Adlerhof nach Altglienicke verlängert. Sie erhält die neue Liniennummer 184. Die Linie 6 (Marienstraße-Friedrichshagen) und 7 (Spindlersfeld-Friedrichshagen) sowie die Linie Altglienicke-Bahnhof Adlerhof derormaligen Teilmater Kreisläufe kommen damit in Fortfall. Der Fahrpreis auf der neuen Linie 184 beträgt für eine ununterbrochene Fahrt — ebenso wie auf den übrigen Linien derormaligen Köpenicker Straßenbahn — 60 Pf. Umsteigegeld keine im Sinnenverkehr sollen 1 M. im Verkehr mit anderen Linien der Berliner Straßenbahn 150 M. — Linie 1 (Bahnhof Mahladorf-Wendenschloß) erhält die Nr. 183. Linie 2 (Bahnhof Adenid-Bahnhof Grewau) die Nr. 88. Linie 4 (Bahnhof Friedrichshagen-Wasserwerk Müggelsee) die Nr. 85; Linie 10 (Marienstraße-Bahnhof Adenid) wird nach Bedarf als Einbahnlinie 182 betrieben. Zur Sinnenverkehr wird eine neue Umsteigestelle am Bahnhof Friedrichshagen eingerichtet.

Ein lebensmüdes Brautpaar. Traurige Aufführung hat das Verschwinden eines Brautpaares gefunden, über das wir vor acht Tagen berichteten. Am 17. d. M. verließen ein 20 Jahre alter Mechaniker Otto Meier und seine Braut Selma Winkler aus der Wilmersdorfer Straße 79 ihre Wohnungen und kehrten nicht wieder zurück. Man fand einen Brief des Mädchens, in dem es mitteilte, daß es beabsichtigt, sich mit dem Bräutigam das Leben zu nehmen. Diesen Vorfall hat das Paar in der Tat ausgeführt. Beide Leichen wurden jetzt aus dem Tegeler See gelandet.

Kr. Tod durch eine Benzolexplosion. In der Weyerstr. 184 zu Neukölln explodierte durch unvorsichtiges Handeln mit einer Bombe eine große Benzollampe. Der Schmelzmeister Walter Sach wurde durch die Gewalt der Explosion auf der Stelle getötet, während sein Sohn Verletzungen erlitt. Die Feuerwehr hatte längere Zeit mit dem Löschen des entstandenen Brandes zu tun.

Warterräume oder Bierauskunft? Aus Erlener wird uns geschrieben, daß der Warterraum auf dem Bahnsteig A in einen Bierauskunft umgewandelt werden soll, trotzdem sich auf diesem Bahnsteig bereits eine solche Einrichtung befindet und außerdem an vier weiteren Stellen des Bahnhofs Bierauskunft wird. An kalten und regnerischen Tagen ist dieser Warterraum ein notwendiger Schutz für das reisende Publikum und es erscheint geradezu unverantwortlich, daß dieser Umbau genehmigt wurde.

Der „Oberblecker Hüfttag“ am 2. Juli wird in den Vormittagsstunden den Wachen und Bedienten auf verschiedenen Berliner Plätzen bringen, bei denen Helferinnen für Oberblecker Not sammeln werden. Am Nachmittage wird bei dem Internationalen Sportfest im Stadion ein Festumzug der Oberblecker stattfinden. Auch hier wird reger Sammeltrieb ausgeübt werden. Am Abend wird in der Philharmonie Reichsanstalt der „Hüfttag“ stattfinden. Ein ausgewählter musikalischer und belustigender Teil ist ferner vorgesehen.

Das Städtische Marionettentheater des 20. Bezirks spielt am Freitag, den 1. Juli d. J. nachmittags 4 Uhr in der Jugendhalle (ehem. Seebad) Reinickendorf, Neißendamm 49. Zur Aufführung gelangt ein Puppentheater in vier Aufzügen von Franz Vecchi: „Kasperl in Neapel“ oder „Kasperl die Postblume“. Zum Schluß Kasperltheater mit Puppentheater. Eintritt für Kinder 75 Pf., für Erwachsene 1,50 M.

Das Wetter für morgen.

Für Berlin und Umgegend: kühl und überwiegend bewölkt, mit leichten Regenfällen und leichten westlichen und nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

22. Wkt. Donnerstag abend 8 Uhr bei Goltz, Friedrichsberger Straße 22. Sitzung städtischer Funktionäre.

24. Wkt. Sonntag, heute abend 8 Uhr: Öffentliche Volkserhebung in der Aula des Realgymnasiums, Skalitzstraße. Thema: Der Kampf um die Schule. Referent: Herr Professor Paul Ostwald.

23. Wkt. Friedrichshagen. Donnerstag, den 30. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Funktionärsitzung bei Goltz, Wilhelmstraße 11.

14. Generalversammlung der Maschinisten

Karlsruhe, 27. Juni.

Die Generalversammlung wurde heute vormittag in der „Eintracht“ vom Verbandsvorsitzenden K. Liebe-Berlin eröffnet. Es sind 60 Delegierte und 3 Vorstandsmitglieder anwesend. Als Gäste sind erschienen Vertreter der badischen Regierung, der Stadtverwaltung Karlsruhe, des ADGB und verschiedener verwandter Berufsorganisationen. Liebe betonte in seiner Eröffnungsrede, auf der einen Seite stehe man unter dem Zeichen schwerer wirtschaftlichen Verhältnisse, auf der anderen erhebe die Reaktion lächerlicher denn je ihr Haupt. Der Verband bedürfe mehr als je der Einigkeit und Geschlossenheit.

Es folgten sodann eine Reihe Begrüßungsansprachen, von denen die des Vertreters der badischen Regierung, Regierungsrat Brüll-Karlsruhe, besonders bemerkenswert war. Er verwies auf die hohen kulturellen Werte

der Gewerkschaften und betonte die Notwendigkeit der Sozialpolitik. Sozialpolitik treiben, heißt Gemeinsozialpolitik treiben.

Der Verbandstag konstituierte sich hierauf und setzte verschiedene Kommissionen ein.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete hierauf Verbandsvorsitzender K. Liebe. Er verwies auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten, und betonte, die Hauptaufgabe des Verbandes sei es gewesen, die Interessen der Kollegenchaft möglichst gut zu wahren. Dazu war es nötig, einen guten Verwaltungsapparat und eine starke Organisation zu schaffen. Die Stärke und Kraft der Gewerkschaften richte sich nicht nur nach Mitgliederzahl, sondern auch nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben. Und die sei beim Verband der Maschinisten und Heizer sehr groß; bei manchen großen Kämpfen sei er

gegen die technische Nothilfe.

Diese sei nicht nur sehr kostspielig. Der Verband müsse versuchen, sie in der Praxis überflüssig zu machen und dürfe grundsätzlich die Ausführung von Reparaturarbeiten nicht verwerfen. Redner schilderte dann ausführlich die Kämpfe der Organisation in der Berichtszeit, besonders den Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik, und sagte in Bezug auf Berliner Vorgänge, unbedacht und blindlings könne man auch in der Republik keine Bewegung machen, sonst schlage der Erfolg in das Gegenteil um. Im allgemeinen könne sich der Verband mit seinen Erfolgen bei den Lohnbewegungen sehen lassen. Wenn so weiter gearbeitet werde, würde es gelingen, das Ziel, alle Berufsgruppen in einer Gewerkschaft zusammenzufassen, zu erreichen. (Zustimmung.)

Die Debatte über den Geschäftsbericht des Verbandsvorsitzenden ist sehr lebhaft und ausgedehnt. Eine Reihe Redner verlangt

den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft,

denn diese würde nur dazu dienen, die Profitwirtschaft der Unternehmer zu unterstützen. Auch werde darin nur Harmonisierung getrieben. Ein anderer Redner führte aus, daß der Verband der Maschinisten und Heizer mehr denn je seinen Charakter als Kampforganisation wahren müsse. Ein großer Teil der Delegierten war mit der Tätigkeit des Hauptvorstandes im großen und ganzen einverstanden.

Der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter und die Verordnung des Reichspräsidenten über das Streikverbot spielten eine große Rolle in der Aussprache. Die Berliner Delegierten sagten, es seien ganz unwahre Behauptungen durch die Presse in die Welt hinausposaunt worden. Es habe sich um keinen wilden Streik gehandelt (Widerspruch), erst nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft gewesen seien, habe man zu der schärften Waffe gegriffen. Obwohl der Hauptvorstand sich nicht mit der nötigen Energie für den Streik eingesetzt habe, sei dieser doch mit dem Sieg der revolutionären Arbeiterschaft beendet worden.

Schlichtung vom Hauptvorstand gibt eine eingehende Darstellung der Berliner Vorgänge. Die Bewegung sei allerdings nach rein gewerkschaftlichen Grundzügen eingeleitet, aber nicht nach gewerkschaftlichen Grundzügen zu Ende geführt worden. Die Streikleitung habe die Verhandlungsinstanzen ausgeschaltet. Die Streikleitung habe versucht, auch die übrige Arbeiterschaft in den wilden Streik hineinzuziehen. Notwendig sei, daß die verantwortlichen Führer auch den Mut hätten, der Masse im entscheidenden Augenblick entgegenzutreten. In Berlin sei es so gewesen, daß nur ein bestimmter Personenkreis Beschlüsse gefaßt habe. Den Beweis, daß bei den Berliner Vorgängen

politische Drahtzieher mit am Werke

gewesen seien, liefere eine Broschüre der RABD, die Stellung nehme zum Fall Süß. Nur dem energischen Eingreifen der Hauptvorstandsmitglieder sei es zu verdanken, daß die gemäßigten 32 Berliner Kollegen wieder eingestellt und die reaktionären Berliner Direktoren entlassen worden seien.

Cohen, der Vertreter des ADGB, weist darauf hin, daß die Arbeitsgemeinschaften nur eine Fortsetzung der Tarifpolitik der Gewerkschaften seien. Man müsse die Arbeitsgemeinschaften zum Vorteil der Arbeiterschaft benutzen, sie bedeuteten aber keine prinzipielle

Festlegung. Der Artikel 165 der Reichsverfassung garantiere die Anteilnahme der Arbeitnehmerschaft an Erledigung der Wirtschaftspragen. Es wäre möglich, daß die Arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft durch die Bezirkswirtschaftsräte abgefaßt würden. In der Reichsarbeitsgemeinschaft hätten die Unternehmer eine Erklärung abgegeben, daß sie die geplante Brotpreiserhöhung durch entsprechende Lohnerhöhung ausgleichen wollten. Es sei nun Aufgabe der Gewerkschaften, diese Lohnerhöhung auch durchzudrücken. Auf Grund der gegenwärtigen Situation liege nichts vor, das den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft rechtfertige.

In der weiteren Debatte trat noch eine Reihe Befürworter der Arbeitsgemeinschaften auf. Verlangt wurde, daß die Schlichtungsordnung revidiert werden müsse. Der Verbandsbeirat müsse, um wirksame Arbeit leisten zu können, nach Industriezweigen zusammengesetzt werden. Ueber Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden wurde lebhaft Klage geführt und energischeres Vorgehen des Vorstandes des ADGB verlangt. Ein Redner trat für tatkräftige Unterstützung der Baugenossenschaften lebhaft ein.

Die Aussprache zog sich noch bis zum Schluß des ersten Verhandlungstages hin und wurde dann durch Schlusssatz beendet. Der Verbandstag verlagte sich hierauf auf Dienstag.

Gewerkschaftsbewegung

Magistratsäußerung zum Gutsarbeiterstreik.

Aus der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung seien hier die Ausführungen des Magistratsverreters Stadtrat Koblenzer zum Streik der Gutsarbeiter erwähnt. Soweit bei dem im Saal herrschenden fast unaufhörlichen Lärm zu verstehen war, bezeichnete er es als unzutreffend, daß inwärtigen Bodenerzeugnisse verkommen oder zu Spottpreisen verschauert worden seien; die Verwaltung habe das feu möglichst vorteilhaft abgeben. Eifrig sei die Tarifdeputation bemüht gewesen, zur Vermeidung des Streiks eine Einigung zustandzubringen, und sie habe weites Entgegenkommen bewiesen trotz ihrer Kenntnis der durch die Finanzlage der Stadt gebotene Stellungnahme des Magistrats. Wenn kommunalen Betrieben die Ausgabendeckung unmöglich wird, könne das jeden Versuch zu weiterer Sozialisierung diskreditieren. Auf einen Zwischenruf des Stadtr. Kawrocki (Komm.) von einem „guten Mittagessen beim Herrn Inspektor in Hahndorfstraße“ erwiderte Koblenzer: Wer sich mir gegenüber eine solche Versicherung erlaubt, dem will ich nicht sagen, wofür ich ihn halte. (Zwischenruf Kawrocki.) Wenn Sie so etwas behaupten, sind Sie ein Lügner. (Vorsteher Besl: Der Ausdruck „Lügner“ ist unzulässig — auf beiden Seiten!) Unter andernem dem Lärm erklärte Stadtrat Koblenzer zu der Drohung eines Sympathiestreiks anderer Arbeiter der Stadt, der Magistrat sei nicht geneigt, davor zurückzuweichen; auf die Dauer werde es muerdlich, ständig mit solchen Drohungen rechnen zu müssen. Mißstimmungsgefühl müsse aber dann auch die Arbeiterschaft haben; sie müsse einsehen, daß man nur geben kann, was man hat. Weitere Konzessionen in bezug auf Lohnhöhe und Mitbestimmung könne der Magistrat nicht machen. Sollten die Sozialdemokraten im Magistrat draußes wirtschafts- und Bankrotspolitik treiben, so seien sie nicht wert, an dieser Stelle zu stehen. Anders zu handeln, wäre nicht zum Wohle der Arbeiterklasse, sondern zu ihrem Schaden. Da die Beschäftigbarkeit nicht gegeben war, wurde die weitere Beratung auf Donnerstag verlegt.

Professorenversammlung der Polizeibeamten.

Der Verband der Polizeibeamten Bremens (Bezirk Berlin) saate am Dienstag in der Volkshalle, um wegen der Nichtübernahme verschiedener Polizeiposten und Oberwachmeister der Reserve in den Staatsdienst Protest zu erheben. Wie Polizeioberwachmeister Bäcker ausführte, will das Ministerium nicht die Pflicht des Staates zur reiflichen Einstellung aller der in Frage kommenden Polizeibeamten anerkennen. Auch der Stadtrat habe die Pflicht verneint. Es müsse die Anerkennung also auf dem Verhandlungswege erreicht werden. — Von diesem Gesichtspunkte aus sprachen auch die folgenden Redner. Es handle sich jetzt nur noch um die Uebernahme von etwa 16 Oberwachmeistern und 3 Inspektoren. Man habe erklärt, keine Verwendung für kommunale Oberwachmeister zu haben. Das Finanzministerium wolle nicht mehr übernehmen, als Stellen nach dem Etat zu besetzen sind. Seit November 1919 verhandelte man schon um eine staatliche Anstellung der kommunalen Polizeibeamten und doch sei es bis heute nicht möglich gewesen, ihre reifliche Uebernahme zu bewirken. Dagegen sei man zu einer Zurücksetzung der Polizeibeamten in der Besoldungsordnung geschritten, gegen die sich die Beamten ebenso entschieden wenden müßten als gegen den Bericht des Kommandeurs der Schutzpolizei Groß-Berlins, der gegen die Beamten der alten blauen und kommunalen Polizei schwere Beleidigungen enthalte.

Der Verbandsvorsitzende Schrader wandte sich gegen die auf eine Bevormundung der Beamten gerichteten Bestrebungen. Obgleich vorgehen sei, bei allen Streitfragen die Berufungsverretung zu hören, habe man hieron bei den Anordnungen nichts vernommen. Nur durch eine selbstgegründete einheitliche Organisation, einheitlich für ganz Preußen, würden die Polizeibeamten zu ihrem Recht gelangen können.

Genosse Reumann (M. d. L.) erklärte, daß die Besoldungsreform für die Beamten im allgemeinen und für die Schutzpolizei besonders ungünstig ausgefallen sei. Nur durch eine geschlossene Organisation und eine einheitliche Leitung könne ein erwünschter Einfluß auf die Besserstellung ihrer Lage von den Polizeibeamten erreicht werden. Doch der großstädtische Polizeibeamte sich schlechter stelle als die Landräger, müsse als ein geradezu unhaltbarer Zustand bezeichnet werden. Die SPD. verlange eine Nachprüfung des Gesetzes und werde ihr mögliches tun, hier Abhilfe zu schaffen. Daß

Anordnungen gegeben und Befehle auszuführen sind, könne nicht bestritten werden. Dabei dürfe man aber nicht vergessen, daß die Ausführenden auch würdig behandelt werden müssen. Man müsse für die Hüter der öffentlichen Ordnung soviel übrig haben, als für die Sicherung ihrer Existenz erforderlich sei. (Stürmischer Beifall.) Genosse Müller (M. d. L.) sprach sich in gleicher Weise für die Polizeibeamten aus.

Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß man seitens der Einberufer dieser Versammlung allen Fraktionen des Landtags eine Einladung übermittelt habe. Außer den beiden Vertretern der sozialdemokratischen Partei sei aber niemand erschienen.

Schließlich wurden einstimmig zwei Resolutionen angenommen, in denen Protest gegen Zurücklegung einer Anzahl kommunaler Polizeibeamten erhoben wird. Die Zurücklegung der Inspektoren, die vor dem Kriege nicht Offiziere waren, sei augenfällig. Ferner wird gegen den Bericht des Kommandeurs der Schutzpolizei protestiert und an den Minister die Bitte gerichtet, eine nochmalige Nachprüfung der Uebernahmeverfügung zu veranlassen.

Zum Ende des Bergarbeiterstreiks in England.

Die Bergarbeiter haben einer sofortigen Herabsetzung des augenblicklichen Tageslohnes um 2 Schilling, einer weiteren Verminderung um 6 Pence im August und weiterer 6 Pence im September zugestimmt. Danach tritt das dauernde Abkommen in Kraft. — Lloyd George hat das Unterhaus von dem Abkommen in Kenntnis gesetzt, das bis 30. September 1922 mit dreimonatiger Kündigung gilt. In der Debatte wurde die Lösung der Krise mit Freuden begrüßt. Die Annahme des 10-Millionen-Kredits am Freitag steht außer Zweifel. — Die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter erklärten, daß die Mehrzahl der Arbeiter am Montag wahrscheinlich die Arbeit wieder aufnehmen werde. In einigen Orten, insbesondere in Schottland, werden Wochen vergehen, bis alle Bergleute wieder an der Arbeit sind.

Aus der Tschechoslowakei.

Der Streik der Beamten der deutschen Banken in Prag hat heute früh mit aller Schärfe eingesetzt. Nach den Blättern beträgt die Zahl der streikenden tschechischen und deutschen Bankbeamten 17 000. — Die Prager „Abendzeitung“ meldet, daß in Nordböhmen, Mähren und Schlesien ein Streik der Brauereiarbeiter ausgebrochen sei. — Ueber die Krise in der böhmischen Glasindustrie lauten in Haide Besprechungen statt zwischen Vertretern der Glasindustrie und der Arbeiterschaft, an der auch die Arbeiter der Raffinerien teilnehmen. Letztere befürchten, daß sie bei einer längeren Arbeitslosigkeit der Glasindustrie ebenfalls arbeitslos würden und verlangen daher von der Regierung Maßnahmen, um die Leistungen und die Arbeitsmöglichkeit der nordböhmischen Glasindustrie zu heben.

Die amerikanischen Eisenbahnbeamten wenden sich gegen die Anordnung des Arbeitsamts, ihre Gehälter um 12 Proz. zu kürzen. Sie drohen, in den Streik einzutreten.

Zentralverband der Angestellten. Gemeindef. Verwaltungsangehörige. Funktionärversammlung Donnerstag abend 7 1/2 Uhr in Saarländische Gesellschaft, Reue Friedeburgstr. 30.

Wirtschaft

Einigung in der Papierpreisfrage.

Die Verhandlungen der auf Grund eines Reichstagsbeschlusses eingesetzten Kommission zur Prüfung der Druckpapierpreise haben zu einem gewissen Ergebnis geführt. In der letzten Vollziehung der Kommission, in der die gesamten für die Preisbildung des Papiers maßgebenden Grundlagen nochmals durchbesprochen wurden, wies Staatssekretär Dr. Hirsch mit Nachdruck darauf hin, daß eine Einigung dringend notwendig sei, da bei der jetzigen Finanzlage eine weitere Gewährung großer Reichszuschüsse voraussichtlich nicht mehr möglich sein würde.

Die Zeitungsverleger betonten dagegen, daß bei Fortbestehen des bisher geltenden Preises mit weiteren großen Einschränkungen zu rechnen wäre.

In direkten Verhandlungen zwischen den Papierfabrikanten und den Verlegern einigte man sich dann auf einen Papierpreis von 3,30 Mark, der ab August in Kraft tritt.

Freilisten für das besetzte Gebiet.

Die Rheinlandkommission hat, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, für eine ganze Reihe von Waren, insbesondere solche der Textilindustrie, die Ausfuhr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet von jeder Genehmigungspflicht befreit. Eine weitere Erleichterung ist für den Verkehr zwischen den Banken des besetzten und unbesetzten Gebietes angeordnet worden. In Zukunft sollen Pakete mit Wertpapieren, sowie Wertsendungen im Verkehr zwischen den besetzten und unbesetzten Gebietes ohne Bewilligung des Eisner Amtes verandt werden dürfen. Die Rheinlandkommission hat außerdem eine Freiliste zusammengestellt, die für die Einfuhr über alle Grenzen des besetzten Gebietes Geltung haben soll, also sowohl für die Einfuhr aus dem unbesetzten Deutschland wie aus dem Ausland.

Das Eisenbahnwagenmaterial Sowjetrußlands. Am 20. Mai d. J. zählte man auf dem Eisenbahnnetz Sowjetrußlands (etwa 60 000 Kilometer) 422 052 Eisenbahnwagen, von denen 109 834 sich in den Reparaturwerkstätten befanden. Das sowjetische Wirtschaftsblatt „Ekonomscheskaja Schisn“ stellt fest, daß die Zahl der betriebsfähigen Eisenbahnwagen mindestens zweimal so groß ist, so daß ganz Sowjetrußland kaum mehr als 200 000 Eisenbahnwagen gegen 820 000 im Jahre 1913 zur Verfügung hat.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Krüger, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Sportzeitung-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Sportzeitung-Verlag u. Verlagsgesellschaft Carl Singer u. Co., Berlin, Spandauer Str. 2.

Unvergleichbare Preise — nur bis 2. Juli 1921

zahle ich, da ich vertraglich verpflichtet bin, für

Platin-, Gold- u. Silbersachen

alte Münzen, Münzensammlungen, Uhren, Ketten, Ringe, einz. Zähne, Zahngebisse

Brillanten

 (auch größere Objekte).
Kostenlose, ehrliche Abschätzung und Ankauf zu einzig dastehenden, konkurrenzlos. Preisen

Führende Firma am Platze: **H. Wiese, Artilleriestr. 30**
5 Min. vom Bahnh. Friedrichstraße — Tel.: Norden 1039

Den Weg zu mir hat noch niemand bereut.

Leiden Sie?

an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Pinnen, Schorf, Krätze usw., dann gebrauchen Sie **TERRAHE'S HEILSELLE**. Erfolg überraschend. — Stück 6 M. Zu haben in den Apotheken und Drogerien.

Generalvertrieb: **E. Kaiser, W 50, Würzburger Str. 6.**

Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung

Kleinste An- u. Anzahlung

Möbel-Cohn

Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Btl. Gesundbr.

Preuss.-Südd. Klassen-Lotterie

600 000 Lose und 275 000 Gewinne in 5 Klassen von über

172 Millionen Mark

hierunter die Prämien und Hauptgewinne von

2 x 750 000	2 x 250 000
4 x 500 000	6 x 200 000
4 x 300 000	8 x 100 000

Ziehung 1. Klasse bereits 12. und 13. Juli

Preise der Original-Lose — Briefporto extra

für jede Klasse	1/4 10 Mark	1/4 20 Mark	1/4 40 Mark	1/4 80 Mark
für alle 5 Klassen	1/4 50 Mark	1/4 100 Mark	1/4 200 Mark	1/4 400 Mark

Friedrich Müller Staatl. Lotter.-Einnahmer **BERLIN W 56**
Postcheckkonto 31158 Werderscher Markt 10

Film-Palast-Varieté

Koppenstr. 29 • Königst. 4114

Ab 1. Juli täglich 7 Uhr:

Der gr. Varieté-Spielplan

Fischer und Bergl — Georg Gau — Zwei Bollingers — Wallis — Grete Diercks

Intern. Ringkämpfe um das Carl-Abs-Memorial 1921

25 Ringer erster Klasse

Richard Schikat — Willi Urbach, Pietro Scholz — Willi Köper, Wladislaw Wróblewski — Hans Esch u. z.

KORBMOBEL

für Gärten, Balkone, Wohnzimmer in moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbsessel von M. 48 an. Große Auswahl. Besichtigung erbeten.

Heinrich Kaese
Korb- und Rohrmöbellabrik.
Neukölln, Berlin Str. 89.
Quergeb. part. (Kein Laden.)

LAUSE

nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch

PFEIFFEROL

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pöhler, Berlin N. 35, Schulstraße 14.